

Ergebnisbericht 2009

Teil A

Das Projekt Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung

Teil A

Das Projekt Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung

Inhalt

I	Zusammenfassung und Ergebnisse	3
1	Grundlagen und Verlauf des Projektes	4
2	Integrierte Stadt(teil)entwicklung durch Einführung der Sozialraumorientierung als Struktur- und Handlungskonzept (siehe Teile B und C)	5
3	Ziele der Fachpolitiken und deren Umsetzung in der integrierten Stadtteilentwicklung (siehe Teil D)	8
4	Stufenweise Umsetzung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen	10
II	Entwurf: Programmatische Erklärung zur Umsetzung der Sozialraumorientierung	12
III	Die Rahmenstrategie als Prozess	16
1	Projektphasen, Beteiligte, Bezüge zu übergeordneten Vorhaben	16
1.1	Projektbeteiligte	16
1.2	Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung als Bestandteil der Verwaltungsreform.....	17
1.3	Modellprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundes.....	17
2	Thematische Handlungsfelder	17
3	Ressortübergreifende Sozialraumorientierung / Quartier nach vorn (Qnv)	18
4	Mittelbündelung / Stadtteilbudgets.....	19
5	Strategisches Controlling.....	19
6	Abstimmung Handbuch zur Sozialraumorientierung (SRO)	20
7	Öffentlichkeitsarbeit.....	21
8	Zuwendungsgeber / Finanzierung des Projektes	21

I Zusammenfassung und Ergebnisse

Die Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung wurde von allen Senatsverwaltungen und von den vom Rat der Bürgermeister (RdB) bestimmten Pilotbezirken in den Jahren 2007 und 2008 unter der Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erarbeitet. Sie zeigt, wie es mit Sozialraumorientierung als innovativem Strukturkonzept in der Berliner Verwaltung gelingen kann, den Stadtteil als Lebensraum stärker in den Fokus des gemeinsam abgestimmten Verwaltungshandelns zu nehmen. Sozialraumorientierung ergänzt die fachlichen und überregionalen bzw. gesamtstädtischen Betrachtungsebenen des Verwaltungshandelns, um eine lokale Bezugsebene, welche räumlich dem Lebensraum nahe kommt, den die Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils im Alltagsleben überwiegend nutzen und an dessen Qualitäten und Entwicklung sie somit besonders interessiert sind. In dieser Übereinstimmung von alltäglicher Nutzung, Interessen der Bewohnerschaft an der Stadtteilentwicklung und sozialräumlichem ämterübergreifend abgestimmten Verwaltungshandeln liegt die Chance, die Menschen dieser Stadtteile zu einer stärkeren und selbstbestimmten Mitwirkung an der Entwicklung ihres Stadtteils zu gewinnen.

Der vorliegende Ergebnisbericht zur Rahmenstrategie 2009 baut auf dem Ergebnisbericht der ersten Projektphase vom März 2008 auf. Die Rahmenstrategie hat in diesem relativ kurzen Zeitraum durch die konzentrierte Arbeit der ressortübergreifenden Projektgruppe und der mit ihr verbundenen Aufgaben- und Handlungsträger eine beachtliche Weiterentwicklung erfahren. Der Bericht enthält eine Zusammenstellung der Ergebnisse, Erkenntnisse und Erfahrungen, die im Projekt gewonnen wurden. Der Bericht gliedert sich – neben diesem Teil A - in weitere drei Teile:

Teil B Handbuch zur Sozialraumorientierung

Teil C Grundlagen und Erfahrungen bei der Umsetzung der Sozialraumorientierung im Stadtteil

Teil D Ziele der Fachpolitiken und deren Umsetzung in der integrierten Stadt(teil)entwicklung

Das Kernstück des Berichts ist das **Handbuch zur Sozialraumorientierung** (Teil B), das bei breiter Beteiligung der Akteurinnen und Akteure der unterschiedlichen Verwaltungsebenen die zentralen Ergebnisse der Rahmenstrategie zusammenfasst und das Fundament für das sozialraumorientierte Planen und Handeln legt. Es richtet sich vorrangig an die Entscheidungs- und Handlungsträger in Politik und Verwaltung mit dem Ziel, dass beide Ebenen intensiver als bisher die lokale Ebene in den Blick nehmen.

Konkrete und praktische Hinweise zum Prozess ergeben sich aus grundlegenden Gedanken zur Frage der Partizipation und aus den 2008 gewonnenen Erfahrungen mit dem **Programm „Quartier nach vorn“** (siehe dazu Teil C).

Abgeschlossen wird dieser Bericht mit den Ergebnissen der **fachpolitischen Themenschwerpunkte mit ihren jeweiligen themenübergreifenden Aspekten** (siehe dazu Teil D).

Mit alledem ist der Ergebnisbericht selbst ein wesentlicher Meilenstein im Prozess des zu verstärkenden sozialraumorientierten Planens und Handelns. Er enthält die Dokumentation einer Entwicklung, die viele verschiedene Projekte, Arbeitsvorhaben und Fragestellungen vernetzt und zusammenbindet. Mit diesem Ergebnisbericht können sowohl die bisher Beteiligten als auch neu Mitwirkende bei all der Komplexität die Übersicht behalten und eine einheitliche Sprache finden.

Gleichzeitig vermittelt der Ergebnisbericht die während des Projektes gewonnenen, wertvollen Erfahrungen mit ebenen- und ämterübergreifenden Arbeitsprozessen. Die Erfahrungen aus dem Projekt konnten als Bereicherung der eigenen Arbeit wahr- und angenommen werden.

Zukünftig wird aus dem bunten und vielfältigen Bild, das die Rahmenstrategie derzeit vielen noch bietet, Schritt für Schritt das, was von der Mehrzahl der Beteiligten als wesentlich angesehen wird, klarer hervortreten, so dass sich das Verständnis des Veränderungsprozesses mit der Zeit vereinheitlichen kann.

1 Grundlagen und Verlauf des Projektes

Die Entwicklung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung erfolgt auf der Grundlage des Senatsbeschlusses Nr. 3969/06, vom 07. November 2006 und des Beschlusses des Rats der Bürgermeister (RdB) Nr. 19/06, vom 21. Dezember 2006 (Entwicklung einer gesamtstädtischen ressortübergreifenden Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung) sowie des Senatsbeschlusses Nr. 3798/06 (Vereinheitlichung von Planungsräumen für Fachplanungen in Berlin), vom 01. August 2006.

Das Projekt der Erstellung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung begann im Februar 2007 und wird mit der politischen Beschlussfassung durch den Senat und den RdB in 2009 seinen formalen Abschluss finden.

Seit dem III. Quartal 2007 ist das Projekt Bestandteil der Berliner Verwaltungsmodernisierung (ServiceStadt Berlin).

Mit Zuwendungsbescheid vom Dezember 2007 wurde die Rahmenstrategie in das Nationale Stadtentwicklungsprogramm des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aufgenommen und finanziell vom Bund unterstützt.

Im Mai 2008 fand die erste Projektphase mit dem Senatsbeschluss Nr. 1240/08, vom 20. Mai 2008 über die „Grundsätze einer Sozialen Stadt(teil)entwicklung Berlin“ ihren Abschluss und die zweite, bereits umsetzungsorientierte Projektphase wurde eingeleitet. In der zweiten Phase bearbeitete die Projektgruppe drei zentrale Arbeitsaufträge:

- Die ressort- und ebenenübergreifend abgestimmte Weiterentwicklung des Handbuchs zur Sozialraumorientierung, bestehend aus den Grundsätzen, einem Leitfaden, den Handreichungen für die konkrete Arbeit auf den Ebenen der Stadtteile, der Bezirke und der Gesamtstadt und einer Programmatischen Erklärung von Senat und Rat der Bürgermeister zur Umsetzung der Sozialraumorientierung. (Ergebnis dazu in Teil B)

- Das Programm „Quartier nach vorn“, mit welchem lokale Projekte in den drei Pilotbezirken Reinickendorf, Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg angestoßen wurden. (Ergebnis dazu in Teil C)
- Zehn Themenschwerpunkte, im Rahmen derer die federführenden Senatsressorts Ziele und Maßnahmen entworfen und in Projektskizzen festgehalten haben, wie aus der Perspektive von Fachthemen heraus die Orientierung am Sozialraum mit der fachlichen Arbeit intensiviert werden kann. (Ergebnis dazu in Teil D)

Der Bearbeitungsprozess wurde durch die Staatssekretärs-Lenkungsrunde Soziale Stadtentwicklung unter Leitung der Staatssekretärin für Bauen und Wohnen, Frau Hella Dunger-Löper, gesteuert; die administrative Leitung lag in den Händen von Herrn Reiner Nagel, Leiter der Abteilung I, Stadt- und Freiraumplanung, in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Öffentliche Beachtung fand das Projekt unter anderem durch den Kongress „Quartier als sozialer Raum“, der am 11. November 2008 in der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Mitwirkung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, stattfand. Hier wurden die Bemühungen um neue Perspektiven für Verwaltungsarbeit von vielen Ebenen aus beleuchtet, diskutiert und gewürdigt.

2 Integrierte Stadt(teil)entwicklung durch Einführung der Sozialraumorientierung als Struktur- und Handlungskonzept (siehe Teile B und C)

Sozialraumorientierung als innovatives Strukturkonzept der Berliner Verwaltung trägt der Tatsache Rechnung, dass die Gesellschaft sich immer stärker ausdifferenziert und es daher Strukturen bedarf, die den Zusammenhalt fördern. Gleichzeitig wird auf die ebenfalls neuere Entwicklung innerhalb der Zivilgesellschaft reagiert, dass sich eine steigende Anzahl kompetenter Akteurinnen und Akteure als Partnerinnen und Partner für die Verwaltung bei der aktiven Gestaltung ihrer Lebenswelten anbieten.

Diese Kooperation der Verwaltung mit Bewohnerinnen und Bewohnern des jeweiligen Sozialraumes hat sich im Prozess als Grundprinzip für die Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung in Berlin herauskristallisiert.

Partizipation ist zugleich Ziel und Methode der integrierten Stadtentwicklung. Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereit, für eigene und gemeinsame Belange einzutreten und Engagement zu zeigen. Dies gilt es zu stärken und auszubauen. Es ist Aufgabe der Verwaltung, sie in geeigneter Weise an der Entwicklung in den Sozialräumen zu beteiligen und zur Selbstverantwortung zu befähigen (Empowerment). Welche Formen des aktivierenden und vernetzenden Verwaltungshandelns sinnvoll sind, ist von den Gegebenheiten im jeweiligen Sozialraum abhängig: Von der sozialen Situation der Einwohnerschaft, den vorhandenen Akteuren, den räumlichen Gegebenheiten und den aktuellen Problemlagen. Sie können von aufsuchenden Beratungsangeboten über Bildungsnetzwerke und Stadtteilkonferenzen bis hin zur Unterstützung selbstorganisierter Wohnprojekte reichen.

Die durchgeführten lokalen „**Quartier nach vorn**“ – Projekte in Reinickendorf, Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg sind beeindruckende und anschauliche „Best Practice“ - Beispiele

und dienen als Belege dafür, dass dieses Konzept auch in kurzer Zeit erfolgreich und effizient Ergebnisse schaffen kann, dass sich Netzwerke bilden, Ressourcen zusammengeführt werden, die Bewohnerinnen und Bewohner selbst ihr soziales Umfeld zu gestalten beginnen und so zahlreiche, teilweise auch überraschende Verbesserungen herbeigeführt werden.

„Quartier nach vorn“ (Qnv) greift Probleme und Chancen des jeweiligen Stadtteils/Quartiers auf. Auf dieser Grundlage werden ämterübergreifend Ziele und Maßnahmen bestimmt und effizient umgesetzt. Aufgrund dieses bottom-up-Ansatzes sind Qnv-Projekte darauf angewiesen, dass Impulse, die vom Stadtteil/Quartier selbst ausgehen, durch die Verwaltung aufgegriffen und kooperativ in Maßnahmen umgesetzt werden. Dieses verändert auch das Verwaltungshandeln in Richtung auf die stärkere Wahrnehmung und Berücksichtigung der Interessen vor Ort. Partizipation und Empowerment der Bewohnerinnen und Bewohner im Sozialraum eröffnen zusätzliche Handlungsoptionen im Stadtteil: es werden Bewohnergruppen erreicht, zu denen die Verwaltung bisher wenig Zugang hatte, es werden Teilhabemöglichkeiten ausgebaut und bürgerschaftliches Engagement genutzt. Dadurch kann der Gefahr einer verstärkten Segregation in der Stadtgesellschaft entgegengewirkt werden. Die Verwaltung muss sich diesen Veränderungen stellen und sich die erforderlichen neuen Kompetenzen aneignen.

Hieraus ergeben sich auch Anforderungen an das Verwaltungshandeln selbst. Im Regelfall orientiert sich Verwaltung in ihrer Arbeitsweise an Vorschriften, Programmen und Zielvorgaben, die mit genereller Wirkung aufgestellt und dann top-down auf den Einzelfall angewendet werden. Diese Handlungs- und Entscheidungswege werden im Rahmen der Sozialraumorientierung mit dem bottom-up-Ansatz verbunden (siehe auch Kapitel „Grundlagen zu Partizipation und Empowerment“ im Teil C).

Dies kommt auch in der **Definition „Sozialraumorientierung“**, wie sie im Leitfaden (Teil B Ziffer II) sich wiederfindet, zum Ausdruck:

„Sozialraumorientierung ist eine neue Strategie, die von den Bedürfnissen und Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils ausgeht.

Sozialraumorientierung verfolgt das Ziel, die besonderen Potenziale der unterschiedlichen Stadtteile zu stärken und Bürgerinnen und Bürger weiter zu befähigen, an der Stadtgesellschaft aktiv teilzuhaben.

Sozialraumorientierung unterstützt die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger am Gestaltungsprozess im Stadtteil. Sie ist raumbezogen und fachübergreifend und vernetzt die Akteure von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Damit umfasst Sozialraumorientierung ein Handlungs- und Strukturkonzept, welches die Stadtteile als Planungs- und Gestaltungsraum begreift, zu deren Entwicklung Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Institutionen vor Ort und Politik auf Augenhöhe zusammenarbeiten.“

Die Wahrnehmung dieser spezifischen Belange und Möglichkeiten eines Sozialraums erfordert es, immer wieder den Blick über die Grenzen der eigenen Fachlichkeit („Mitdenkende Verwaltung“) zu richten.

Das Handbuch Sozialraumorientierung (Teil B) behandelt daher im Kern die Frage, wie integriertes Arbeiten in Projekten und Netzwerken mit Bezug zum Sozialraum in der Verwaltungs-

praxis eingeführt bzw. weiter ausgebaut und gefestigt werden kann. Fachübergreifendes Arbeiten ist wesentlich für den top-down-Ansatz zur Abstimmung von Zielen, sozialraumorientierten Maßnahmen und Förderprogrammen, zur Erstellung von Konzepten zur Stadtteilentwicklung („Bezirksregionenprofile“) und zur Schaffung einer gemeinsamen Datenbasis als Grundlage politischer Entscheidungen und der Prozessevaluation. **Für den bottom-up-Ansatz ist fachübergreifendes Denken und Handeln Voraussetzung, damit vor Ort der Rahmen für bürgerschaftliches Engagement geschaffen werden kann und die in spezifischen Sozialräumen erzielten Ergebnisse auch effektiv in die Verwaltung zurückgekoppelt** und dort im Rahmen der Fachpolitiken weiter bearbeitet **werden können**.

Das Handbuch besteht aus

- den vom Senat bereits im Mai 2008 beschlossenen „**Grundsätze einer sozialen Stadt(teil)entwicklung Berlin**“ und
- dem mit ca. 15 Seiten kurz und lesbar gehaltenen „**Leitfaden Sozialraumorientierung**“, mit Inhalten zu den
 - neuen Formen der Kooperation,
 - Strukturelementen der Sozialraumorientierung (z. B. Bezirksregionenprofile, Organisationseinheiten für die Koordination, Vereinbarungsarten, Informations- und Erfahrungsaustausch),
 - Umsetzungsmodulen,
 - Hinweisen zu Qualifizierungsmaßnahmen und Evaluation.
- Darüber hinaus gibt es konkrete **Handreichungen** zur Ausgestaltung der Strukturelemente und der Umsetzungsmodule:
 - Bezirksregionenprofile (BZRP) als Instrument für ämterübergreifendes Planen und Handeln,
 - Kernindikatoren für Bezirksregionenprofile,
 - Informationstechnische Grundlagen und Rahmenbedingungen für ämterübergreifendes Planen und Handeln,
 - Aufgaben- und Strukturbeschreibung für die künftige Organisationseinheit „Sozialraumorientierte Planungskoordination“,
 - Grundlagen und Muster für Netzwerk- und Kooperationsvereinbarungen.
- Weiterhin zeigt das Handbuch auf, wie über eine verwaltungsintern abzuschließende programmatische Erklärung von Senat und Rat der Bürgermeister die Umsetzung des Konzepts „Sozialraumorientierung“ beschleunigt und verstetigt werden kann.

Das Handbuch ist auf Basis des im ersten Projektabschnitt entstandenen Entwurfs im Rahmen eines Diskurses zahlreicher Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senats- und Bezirksverwaltungen weiterentwickelt worden. Auf diese Weise ist es gelungen, einen **weitreichenden Konsens** darüber herzustellen, welche Veränderungsschritte aus Verwaltungssper-

spektive bereits gegenwärtig möglich und darüber hinaus zukünftig nötig sind. Dabei ist das Handbuch an manchen Stellen bereits sehr konkret, an anderen – abhängig vom gegenwärtigen Diskussionsstand – eher offen. So ist die Einrichtung einer Organisationseinheit „Sozialräumliche Planungscoordination“ auf Bezirksebene bereits vom Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossen, weshalb hier eine deutlich spezifischere Darstellung möglich ist, als auf der Senatsebene, wo die Einrichtung einer koordinierenden, fachübergreifenden Stelle oder Arbeitsgruppe sich erst noch in der Diskussionsphase befindet.

Das Handbuch ist keine abschließende und fertige Arbeitsgrundlage, sondern bedarf im Laufe des weiteren Prozesses der kontinuierlichen Fortschreibung. Dabei werden auch, sobald die politischen und finanziellen Entscheidungen zur Fortsetzung der sozialraumorientierten Arbeit gefallen sind, die Wege zur Verbindung der Verwaltungsarbeit mit den partizipativen Projekten auf lokaler Ebene konkreter und ausführlicher dargestellt werden können.

3 Ziele der Fachpolitiken und deren Umsetzung in der integrierten Stadt(teil)entwicklung (siehe Teil D)

Die Berichterstattung über die zu den zehn festgelegten Themenschwerpunkten erarbeiteten Ergebnisse nimmt den größten Raum im Ergebnisbericht ein.

In der ersten Phase des Gesamt-Projekts wurden drei Handlungsfelder entwickelt, in welchen eine ressortübergreifende und sozialraumorientierte Arbeit als besonders nützlich und erfolgversprechend angesehen wurde. Aus diesen Handlungsfeldern sind die folgenden Themenschwerpunkte konzipiert worden:

- Das Handlungsfeld **Bildung/Erziehung/Betreuung** führte (kurz gefasst) zu den Themenschwerpunkten: Einrichtung von regionalen Bildungsnetzwerken, Erhöhung der Schulabschlussquote und Verringerung der Gewalt an Schulen sowie Einrichtung von Familienzentren und Stärkung der Elternarbeit. Im Ergebnisbericht ist dieses Handlungsfeld zu einer Konzeptskizze zusammengefasst.
- Das Handlungsfeld **Arbeit/Lokale Ökonomie/Integration** ergab Themenschwerpunkte mit den Inhalten: Weiterentwicklung der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit, Beschäftigungsförderung als Instrument des Stadtteilmanagements und Einbeziehung der lokalen Ökonomie in die Entwicklung der Stadtteile.
- Aus dem dritten Handlungsfeld **Wohnen/Soziale Nahbarschaft/Sport/Sicherheit** wurden vier Themenschwerpunkte konzipiert mit den Inhalten: Aktivere Einbindung der Wohnungswirtschaft, Stärkung der Rolle der sozialen Treffpunkte im Stadtteil, Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit sowie Integration durch Sport.

Die Bearbeitung der Themenschwerpunkte erfolgte je nach Sachthemen mit unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunktsetzungen, was den sehr unterschiedlichen Themengebieten entspricht. Das Spektrum reicht von der Durchführung von gezielten Expertenbefragungen zur Erstellung eines Handbuchs für Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft bis hin zur Entwicklung der Methodik der Kriminologischen Regionalanalyse als Planungsinstrument. Auch die Bearbeitungsintensität und das Maß ressortübergreifender und ebenenübergreifender Tätigkeit wurden in den einzelnen Themenschwerpunkten unterschiedlich gehandhabt. Gemeinsam war

den Themenschwerpunkten die Bearbeitung in der Verantwortlichkeit eines Fachressorts unter Einbeziehung von ressort- und ebenenübergreifend besetzten AGs, an welchen auch lokale Akteure wie z. B. Quartiersmanagerinnen und -manager teilnahmen. Auf diese Weise konnten viele verschiedene Perspektiven Eingang in die nun vorliegenden Ergebnisse finden und es wurde sichergestellt, dass die Ergebnisse auch unmittelbare praktische Relevanz besitzen und umsetzbar sind.

Im Ergebnis entstanden die folgenden **acht Konzeptskizzen**

- Einrichtung Regionaler Bildungsnetzwerke
- Weiterentwicklung der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit als bezirkliche Koordinierungsgremien
- Nutzung einer gezielten Beschäftigungsförderung im Rahmen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS Berlin) als Instrument
- Stärkung und Einbeziehung der Lokalen Ökonomie in die Entwicklungsprozesse der Stadtteile
- Schaffung und Stärkung der Rolle sozialer Treffpunkte in den Stadtteilen
- Aktive Einbindung der Wohnungswirtschaft in die Entwicklung von Stadtteilen (inklusive eigens erstelltem Handbuch)
- Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit und des zivilgesellschaftlichen Engagements
- Stärkere Nutzung der integrativen Rolle des Sports mit seinen Ressourcen und Chancen

mit Aussagen zur Ist-Situation als Ausgangslage der weiteren Arbeit, zu Zielen und Handlungserfordernissen sowie Verfahrensvorschlägen zur ressort- und ebenenübergreifenden Maßnahmenumsetzung. Sie sind ergänzt um Best - Practice - Beispiele.

Teilweise, so etwa im Bereich der Beschäftigungsförderung oder der lokalen Ökonomie, wurde festgestellt, dass sozialraumorientierte Ansätze nur begrenzt möglich sind. In der Mehrzahl der Fälle konnten aber zahlreiche gewinnbringende Ansätze sozialraumorientierter Arbeit identifiziert werden. Die dann für eine erfolgreiche Weiterarbeit genannten Voraussetzungen und Gelingensbedingungen ähneln sich deutlich. So kann zusammenfassend festgehalten werden, dass der Verwaltung die Aufgabe zukommt, durch geeignete Maßnahmen vor Ort die Vernetzung zu fördern, Gestaltungsspielräume zu öffnen und dadurch lokale Akteure zu aktiver Mitgestaltung ihrer Lebenswelt zu gewinnen. Weiter wurden unter anderem als wesentlich benannt:

- Transparenz
- Klare Zuständigkeiten und Ansprechpartner
- Verbesserung der Kommunikationskultur
- Bedarfsanalyse, Kenntnis relevanter Akteure und der lokalen Besonderheiten

- Unterstützende Rahmumgebung durch Senat und Bezirke, wozu auch eine gewisse personelle Unterstützung auf lokaler Ebene gehört
- Fort- und Weiterbildung

Eine Zusammenschau der Ergebnisse gibt eine gute Übersicht über die Möglichkeiten der Verwaltung, den grundsätzlichen top-down-Ansatz zu nutzen und mit ressort- und ebenenübergreifender Arbeit zu verbinden, um so den Akteuren vor Ort einen geeigneten und befördernden Rahmen für kooperatives, eigenverantwortliches und gestaltendes Handeln zu geben.

4 Stufenweise Umsetzung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Das „Handbuch zur Sozialraumorientierung“ sowie die in den Themenschwerpunkten gefundenen fachpolitischen Ziele sind die Grundlagen für eine stufenweise Umsetzung des neuen Struktur- und Handlungskonzepts. Stufenweise Umsetzung bedeutet dabei, dass erste kurzfristige Schritte sehr konkret, die mittelfristigen Schritte (bis etwa Ende der regulären Legislaturperiode) weniger konkret beschrieben werden können, während die Vorschläge für eine langfristige Weiterarbeit (ab 2012) einen weiten Gestaltungsspielraum lassen, welcher es ermöglicht, den gesamten Prozess als Lernprozess zu verstehen und die im Laufe der Zeit entstandenen Erfahrungen und neuen Entwicklungen aufzugreifen und umzusetzen.

Kurzfristig (noch in 2009) umsetzbar sind:

- Die interne und externe Kommunikation der Ergebnisse und des weiteren Prozesses, das weitere Vorgehen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sowie die Einrichtung einer Internetplattform auf www.berlin.de als Basis für den Wissens- und Informationsaustausch
- Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle auf Senatsebene als Grundlage gesamtstädtischen, ressortübergreifenden Arbeitens und einer durch die Senatsressorts besetzten Senats- und Bezirks-AG „Koordinierungsgruppe Sozialraumorientierung“
- Die Benennung von Bezirks-Verantwortlichen zur Umsetzung der Sozialraumorientierung und zur Mitwirkung in der Senats- und Bezirks-AG „Koordinierungsgruppe Sozialraumorientierung“
- Die Einrichtung eines Kostenträgers „Ressortübergreifende Sozialraumorientierung“

Mittelfristig (bis 2011) umsetzbar:

- Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen mit dem Ziel, den Lernprozess zur Sozialraumorientierung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu unterstützen und den fachübergreifenden Austausch sowie die Vernetzung zu befördern
- Klärung der Ressourcenbedarfe (Personal-, Sach- und Finanzmittel) in den Bezirken
- Abstimmung der einzelnen fachpolitischen Ziele miteinander über fachlichen Austausch in Netzwerken, über eine Einigung auf Schwerpunktgebiete, die im Rahmen der Entwicklung von Bezirksregionenprofilen erfolgt, sowie über neue Kooperations-, Monitoring- und Planungssysteme sowie -wege

- Bereitstellung finanzieller Ressourcen auf der Grundlage eines Kostenträgers „Ressortübergreifende Sozialraumorientierung“ und schrittweise Erprobung von Verfügungsfonds / Sozialraumbudgets / Stadtteilbudgets, welche Entscheidungen über die Mittelverwendung verstärkt auf die Stadtteilebene verlagern
- Entwicklung eines Strategischen Controllings auf Basis der Kernindikatoren und der Bezirksregionenprofile, externe Evaluation gegen Ende der Legislaturperiode

Langfristig (ab 2012) umsetzbar:

- Reguläre Arbeitsaufnahme der bezirklichen Organisationseinheiten „Sozialraumorientierte Planungskoordination“
- Verstetigung der Arbeitsprozesse zur Sozialraumorientierung und Weiterentwicklung des Handlungs- und Strukturkonzeptes SRO, u.a. auf der Grundlage der externen Evaluation

Da dieser Umsetzungsprozess eine Gemeinschaftsaufgabe von Senat und Bezirken bleiben muss, wird von der Projektgruppe Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung vorgeschlagen, zwischen den Verfassungsorganen Senat von Berlin und dem Rat der Bürgermeister von Berlin folgende - in fachlichem Einvernehmen - erarbeitete Programmatische Erklärung über die kurz- bis mittelfristig als notwendig erachteten Schritte zur Einführung der ämterübergreifenden Sozialraumorientierung zu schließen.

II Entwurf: Programmatische Erklärung zur Umsetzung der Sozialraumorientierung

Der folgende Entwurf wurde in zwei Workshops zum „Handbuch SRO“ im Oktober 2008 mit den Pilotbezirken intensiv abgestimmt und am 6. Januar 2009 in einer Redaktionssitzung mit den Projektgruppenmitgliedern, der Projektleitung und den Pilotbezirken fachlich endabgestimmt. Dabei konnte ein Dissens (zwischen Projektleitung und den Pilotbezirken) nicht ausgeräumt werden. Dieser ist im folgenden Entwurf durch Rahmung hervorgehoben.

Dieser Dissens betrifft Punkt 7, welcher am 23. Februar 2009 der Staatssekretärs-Lenkungsrunde (StS-LR) Soziale Stadtentwicklung vorgetragen und diskutiert wurde. Die StS-LR hat entschieden, dass die Variante der Projektleitung Grundlage der folgenden politischen Abstimmung wird.

In seinem Beschluss vom 20. Mai 2008 hat der Senat die Grundsätze einer sozialen Stadt(teil)entwicklung in Berlin beschlossen. Der Rat der Bürgermeister hat die Grundsätze zustimmend zur Kenntnis genommen. Danach wird eine Strategie der Sozialraumorientierung (SRO) verfolgt, die durch eine fachübergreifende intensive Zusammenarbeit unter Einbindung lokaler Interessengruppen und lokaler Akteure umgesetzt wird. Somit sollen Synergieeffekte für eine soziale Stadtentwicklung erzielt werden.

Auf der Basis dieser Grundsätze setzen der Senat und die Bezirke gemeinsam das Konzept „Sozialraumorientierung“ um. Mit dieser Programmatischen Erklärung legen der Senat und die Bezirke die weiteren Schritte zur Verwirklichung eines sozialraumorientierten Verwaltungshandelns fest.

1. Berlinweite Gültigkeit

Sozialraumorientierung ist keine besondere Strategie nur für benachteiligte Räume. Das Struktur- und Handlungskonzept SRO ist für die gesamte Stadt anzuwenden. Räumliche Prioritätensetzungen bei der stufenweisen Umsetzung sind durch die Bezirke zu entscheiden.

2. Stufenweise Umsetzung

Das Struktur- und Handlungskonzept „Sozialraumorientierung“ ist schrittweise zu realisieren. Sozialraumorientierung ist ein wertvolles Steuerungsinstrument, das die bereits vorhandenen Steuerungsinstrumente ergänzt und nicht ersetzt. In der folgenden Legislaturperiode soll der Regelbetrieb erfolgen.

3. Handbuch Sozialraumorientierung

Die Grundlagen des Struktur- und Handlungskonzeptes SRO und Vorschläge zu den konkreten Umsetzungsschritten sind im „Handbuch Sozialraumorientierung“ dargelegt. Das Handbuch ist entsprechend der Erkenntnisse aus dem Arbeitsprozess und der Ergebnisse einer Evaluation durch die Staatssekretärs-Lenkungsrunde Soziale Stadtentwicklung (StS-LR) fortzuschreiben.

4. Politische Steuerung

Die politische Steuerung der Umsetzung obliegt weiterhin der Staatssekretärs-Lenkungsrunde Soziale Stadtentwicklung (StS-LR).

5. Koordinationsstelle zur Umsetzung der Sozialraumorientierung

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übernimmt die Gesamtkoordination der Umsetzung des Struktur- und Handlungskonzepts SRO bis auf Widerruf – längstens bis Ende der Legislaturperiode.

6. Fach- und ebenenübergreifende „Koordinierungsgruppe Sozialraumorientierung“

Alle Senatsverwaltungen sowie alle Bezirksämter benennen eine/n feste/n Handlungsbevollmächtigten/in, welche/r die jeweilige Senatsverwaltung bzw. das jeweilige Bezirksamt als zentrale/r Koordinator/in in einer „Koordinierungsgruppe SRO“ vertritt. Diese „Koordinierungsgruppe SRO“ kommt mindestens vierteljährlich zusammen und wird durch einen externen Moderator unterstützt. Bei Bedarf können ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter sozialraumrelevanter Fachressorts hinzugezogen werden oder fachliche Untergruppen eingerichtet werden (Entscheidung zu Untergruppen trifft die StS-LR).

7. Sozialraumorientierte Planungskoordination in den Bezirken

Die Bezirke schaffen die für die zukünftige Organisationseinheit „Sozialraumorientierte Planungskoordination“ in den Bezirken notwendigen strukturellen Voraussetzungen und richten die jeweilige Organisationseinheit ein.¹

8. Produktkatalog

Um die Tätigkeiten/Ressourcen im Bereich Sozialraumorientierung im Rahmen der Kosten-Leistungs-Rechnung abbilden und absichern zu können, wird der Produktkatalog weiterentwickelt.

¹ Formulierung der Projektleitung.

Im Dissens dazu steht die Formulierung der Pilotbezirke zu Punkt 7:

Die Bezirke ermitteln den für die Schaffung der zukünftigen Organisationseinheit (OE) Sozialraumorientierte Planungskoordination erforderlichen sächlichen und personellen Mehrbedarf, der von der Senatsverwaltung für Finanzen zur Verfügung gestellt werden muss. Auf der Basis dieser Finanzierungszusage entwickeln die Bezirke die jeweils erforderlichen strukturellen Voraussetzungen, um eine Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination möglichst umgehend, spätestens ab der nächsten Legislaturperiode, einzurichten.

Die Formulierung der Projektleitung wurde vom Senat am 14.07.2009 übernommen (S-2219/09) und mit der Vorlage R-581/09 so an den Rat der Bürgermeister weiter geleitet. Der Rat der Bürgermeister lehnt in seiner Stellungnahme vom 17.09.2009 die Vorlage ab und fordert vom Senat u.a., die Vorlage um die erforderlichen materiellen und personellen Ressourcen zu ergänzen .

9. Förderprogramme

Sozialraumorientierung ist ein wesentliches Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln von Programmen, die unmittelbaren Einfluss auf die Stadt(teil)entwicklung haben. Die Senatsverwaltungen werden neue Förderprogramme frühzeitig miteinander abstimmen und bei sozialräumlicher Relevanz ihre bestehenden Programme laufend im Rahmen ihrer originären Arbeitsorganisation auf sozialräumliche Effekte hin überprüfen. Das Ergebnis ist der StS-LR vorzulegen.

10. Gemeinsamer Datenpool

Senat und Bezirke stellen dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) die für die SRO relevanten Fachdaten auf Ebene der „Lebensweltlich orientierten Räume“ (Planungsräume, mindestens Bezirksregionen) jeweils zeitnah zur Einreichung in den Datenpool zur Verfügung. Zur Aufwands- und Kostenreduzierung können die Daten liefernden Fachverwaltungen auch eigene, im Betrieb befindliche Informationssysteme für die öffentliche Bereitstellung ihrer Daten nutzen, die dann auf der Basis zu vereinbarenden Schnittstellen-Standards vom AfS referenziert werden. Hierzu ist eine gesonderte Vereinbarung mit dem AfS zu schließen. Die Anwendung der Daten aus dem Datenpool erfolgt auf der Grundlage abgestimmter IT-Grundsätze.

11. Bezirksregionenprofile

Die Bezirke erarbeiten nach Einrichtung der Organisationseinheit „Sozialraumorientierte Planungscoordination“ für die Bezirksregionen stufenweise und mit Unterstützung der Senatsverwaltungen (insbesondere Datenbereitstellung) integrierte qualifizierte Bezirksregionenprofile. Die Bezirksregionenprofile enthalten einen Analyse- sowie einen Ziel- und Maßnahmenanteil. Die Bezirksregionenprofile werden vom Bezirksamt beschlossen und regelmäßig fortgeschrieben. Sie werden ämterübergreifend erstellt und die lokalen Akteure sowie Bewohnerinnen und Bewohner werden angemessen beteiligt.

12. Wissensplattform

Der Senat wird eine Wissensplattform unter „www.berlin.de“ einrichten. Hier werden unter anderem das Handbuch zur Sozialraumorientierung sowie eine Beispielsammlung übertragbarer Projekte („Best Practice“) veröffentlicht.

13. Qualifikation

Die Qualifizierungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte der Berliner Verwaltung werden um den Themenbereich Sozialraumorientierung ergänzt.

14. Kommunikation und Vernetzung

Zur Weiterentwicklung der Sozialraumorientierung werden durch den Senat und die Bezirke Vernetzungs- und Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen (Veranstaltungen, elektronischer Austausch).

15. Strategisches Controlling und Evaluation

Die Entwicklungen im Bereich der Sozialraumorientierung werden in - von der StS-LR festzulegende - gesamtstädtische Berichterstattungen integriert. Um die bisher erreichten Ziele einer Sozialraumorientierung zu evaluieren, ist zunächst in der StS-LR ein konzeptioneller Rahmen

abzustimmen (Evaluationsziele, Zeitplan, Verantwortlichkeiten, Finanzierung etc.). Auf dieser Grundlage werden regelmäßig Evaluationen zum Prozess und zu den Ergebnissen der SRO extern durchgeführt und weitere Handlungsschritte und Maßnahmen abgeleitet.

beschlossen vom Senat von Berlin ammit Senatsbeschluss Nr.....

beschlossen vom Rat der Bürgermeister ammit RdB-Beschluss Nr

III Die Rahmenstrategie als Prozess

1 Projektphasen, Beteiligte, Bezüge zu übergeordneten Vorhaben

Das Projekt gliederte sich in zwei Projektphasen:

Projektphase I begann im Februar 2007 und wurde abgeschlossen mit dem Senatsbeschluss vom 20. Mai 2008 (Beschluss der Grundsätze – Anhang 1 -, Kenntnisnahme des Berichts vom März 2008 – Anhang 2 und dort insbesondere Abb. S. 14).

Projektphase II begann im Mai 2008 und ist im Januar 2009 zum fachlichen Abschluss gekommen (formales Ende des Projektes „Erstellung der Rahmenstrategie“, die dann folgende politische Abstimmung der Strategie wird sich bis in das II. Quartal 2009 erstrecken. Die Projektstruktur der Phase II ist am Ende des Teil A dokumentiert (Anhang A1).

Die Arbeitsweise des Projektes war prozessorientiert, d. h. es wurden die Meilensteine in der Projektplanung fixiert, die genauen Schritte je nach Teilergebnissen und Stand der Diskussion immer wieder angepasst. Diese Vorgehensweise erleichterte es, regelmäßig den Bezug zur Praxis zu erneuern und alle Beteiligten immer wieder einzubeziehen, so dass die breite Beteiligungsbasis das ganze Projekt über erhalten bleiben konnte.

1.1 Projektbeteiligte

An der Erstellung der Rahmenstrategie waren alle Senatsverwaltungen und die drei Pilotbezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Reinickendorf beteiligt. Zur Erarbeitung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung wurde eine Struktur gewählt, die inhaltlich und organisatorisch sowohl den ressort- als auch den ebenenübergreifenden Ansatz des Projektes widerspiegelt (siehe Anhang 1: Projektstruktur in der Projektphase II). Der Projektauftrag wurde in der von den Staatssekretärinnen und Staatssekretären Dunger-Löper, Härtel, Dr. Hoff, Lieber, Liebich, Schlemm, Schmitz, Spranger, Strauch sowie den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Köhne, Dr. Schulz und Wanjura unterzeichneten Projektvereinbarung vom 13. November 2007 festgelegt. Der Projekt-Abschluss ist nach dieser Vereinbarung der 31. Dezember 2008.

Die politische Steuerung des Projektes obliegt der Staatssekretärs-Lenkungsrunde Soziale Stadtentwicklung, in der neben den Ressorts Stadtentwicklung (Federführung); Bildung, Wissenschaft und Forschung; Finanzen; Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz; Inneres und Sport; Integration, Arbeit und Soziales; Justiz; Wirtschaft, Technologie und Frauen auch die Senatskanzlei (Abt. Kultur) sowie die Bürgermeisterin und die Bürgermeister der drei Pilotbezirke vertreten sind. Sie wird von der Staatssekretärin für Bauen und Wohnen, Frau Hella Dunger-Löper, geleitet. Die administrative Projektleitung wurde dem Leiter der Abt. I der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Herrn Reiner Nagel, übertragen.

Die Liste mit den Mitgliedern der Projektgruppe Rahmenstrategie und den Querschnittsthemen-Verantwortlichen mit den jeweiligen Stellenzeichen befindet sich im Anhang A 2.

1.2 Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung als Bestandteil der Verwaltungsreform

Das Projekt „Entwicklung einer gesamtstädtischen ressortübergreifenden Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung Berlin“ ist seit Juli 2007 Bestandteil des Berliner Verwaltungsmodernisierungsprozesses (Programm ServiceStadt Berlin 2007-2011). ServiceStadt Berlin geht einerseits vom Grundsatz der „Serviceorientierung“ von öffentlicher Verwaltung aus und ist andererseits dem Leitbild einer „Bürgergesellschaft“, in der der aktivierende Staat im Vordergrund steht, verpflichtet. Der Bürger soll bei der Erstellung öffentlicher Leistungen aktiviert, beteiligt und unterstützt werden. Der aktivierende Staat versucht bewusst Hürden für bürgerschaftliches Engagement abzubauen und steht damit im Gegensatz zum „Wohlfahrtsstaat“, der dem Bürger eine passive Rolle zuwies. (<http://www.berlin.de/verwaltungsmodernisierung>)

1.3 Modellprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundes

Unter dem Titel „Integrierte Stadt(teil)entwicklungspolitik in Berlin / Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung“ ist das Projekt zudem seit Ende 2007 ein Modellvorhaben des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik und dort dem Handlungsfeld „Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren - Soziale Stadt“ zugeordnet. Es ist damit - auf nationaler Ebene - beispielgebend für die Umsetzung der im April 2007 von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der Europäischen Union beschlossenen „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt.“ und wurde beim 2. Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik am 10. April 2008 in München zusammen mit den anderen Modellvorhaben präsentiert. (<http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de>).

2 Thematische Handlungsfelder

In der ersten Phase des Projekts wurden strategische Grundlagen für folgende thematische Handlungsfelder entwickelt:

- Bildung/Erziehung/Betreuung
- Arbeit/Lokale Ökonomie/Integration
- Wohnen/Soziale Nachbarschaft/Sport/Sicherheit

Dabei wurden fünf Querschnittsthemen (Demografischer Wandel, Partizipation, Gesundheit, Geschlechtergerechtigkeit, Integration) einbezogen.

In der zweiten Phase wurden für die 10 Thematischen Schwerpunktthemen:

- Einrichtung von „regionalen“ qualifizierten Bildungsnetzwerken „rund um die Schule“
- „Bildungschancen für alle“: Erhöhung der Schulabschlussquote und Verringerung von Gewalt an Schulen
- Einrichtung von Familienzentren und Verstärkung der Elternarbeit
- Weiterentwicklung der „Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“ als bezirkliche Koordinierungsgremien

- Nutzung einer gezielten Beschäftigungsförderung als Instrument des Stadtteilmanagements
- Stärkung und Einbeziehung der Lokalen Ökonomie in die Entwicklungsprozesse der Stadtteile
- Schaffung und Stärkung der Rolle sozialer Treffpunkte in den Stadtteilen
- Aktivere Einbindung der Wohnungswirtschaft in die Entwicklungsprozesse von Stadtteilen
- Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit und des zivilgesellschaftlichen Engagements
- Stärkere Nutzung der integrativen Rolle des Sports mit seinen Ressourcen und Chancen

durch vom Senat festgelegte federführenden Senatsressorts Konzeptskizzen (Ziele und Maßnahmen) erstellt. Dies erfolgte in ressort- und ebenenübergreifenden Arbeitsgruppen/„Netzen“ unter Beteiligung der Querschnittsthemen-Verantwortlichen.

Beide Phasen der Bearbeitung wurden von der Stiftung SPI Berlin - Geschäftsbereich Stadtentwicklung - begleitet. Seit Ende November 2008 liegen die Konzeptskizzen vor und wurden im Dezember 2008 vom SPI hinsichtlich der abzuleitenden Schlussfolgerungen für ressortübergreifendes Arbeiten zusammenfassend bewertet (siehe im Einzelnen Teil D dieses Berichtes).

3 Ressortübergreifende Sozialraumorientierung / Quartier nach vorn (Qnv)

Nach der Erarbeitung der strategischen Grundlagen in der ersten Projektphase folgten erste Umsetzungen des sozialraumorientierten Ansatzes mit Hilfe des von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) in 2008 zunächst für eine Pilotphase aufgelegten Programms „Quartier nach vorn“ (Qnv).

Die Qnv-Projekte starteten im September 2008 in den drei Pilotbezirken der Rahmenstrategie, nachdem im Sommer 2008 entsprechende Bezirksamtsbeschlüsse gefasst wurden. SenStadt stellte den drei Pilotbezirken jeweils ca. 40.000 € zur auftragsweisen Bewirtschaftung für das Haushaltsjahr 2008 zur Verfügung. Das Qnv-Projekt des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg wird in der ersten Jahreshälfte 2009 fortgesetzt, die beiden anderen sind vorerst abgeschlossen. Zielsetzung des Programms „Quartier nach vorn“ war und ist die Verbesserung der Lebensqualität in den Stadtteilen durch Stärkung der spezifischen Potenziale unter der direkten Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Akteure. Mit dem Programm „Qnv“ wird daher die Initiierung und Unterstützung von Netzwerken im Stadtteil in Verbindung mit vernetztem, fachübergreifendem Verwaltungshandeln gefördert.

Die Qnv-Projekte der Pilotbezirke waren/sind:

- Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg; Pilotregion Südliche Friedrichstadt: **Schaffung von Grundlagen für ein Bildungsnetzwerk in Anlehnung an den „Early Excellence“-Ansatz**
- Bezirk Reinickendorf; Pilotregion Reinickendorf-Ost: **Der Letteplatz – Ein Wohnzimmer für alle im Kiez**

- Bezirk Pankow; Pilotregion Weißensee: **Zukunftswerkstatt Weißensee und Modellprojekte in der Bezirksregion**

Alle drei Qnv-Projekte wurden durch die in den Pilotbezirken eingerichteten ämterübergreifenden Projektgruppen gesteuert und durch externe Dienstleister unterstützt. Eine projektbegleitende Evaluation wurde vom Dienstleister Dr. Ingeborg Beer (Stadtforschung + Sozialplanung mit UrbanPlan GmbH) durchgeführt und in diesem Zusammenhang auch Erkenntnisse zu Bürgerbeteiligung und Partizipation abgeleitet. Die Ergebnisse wurden im Dezember 2008 vorgelegt und sind in Teil C dieses Berichtes enthalten.

4 Mittelbündelung / Stadtteilbudgets

Parallel zu diesen Aktivitäten auf Ebene der Hauptverwaltungen und der Pilotbezirke wurde mit einem zeitlich gestuften **Konzept zur Mittelbündelung und zur Verankerung von Stadtteilbudgets** begonnen. Eine umsetzungsreife Konzeption konnte noch nicht erreicht werden. Von der Projektgruppe wird vorerst empfohlen ein oder mehrere Pilotprojekte in festzulegenden Bezirken/Bezirksregionen durchzuführen.

Es ist beabsichtigt den Bezirken ab Doppelhaushaltsjahr 2010/2011 weiterhin eine Grundfinanzierung zur Unterstützung einer der Sozialraumorientierung in Form des Programms „Qnv“ zur Verfügung zu stellen und dieses - Schritt für Schritt - für alle Berliner Bezirke zu öffnen.

5 Strategisches Controlling

Zur Absicherung der Grundlagen für sozialraumorientierte Planung und Analyse wird unter der Federführung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) ein fachlich abgestimmter Datenpool für die lebensweltlich orientierten Räume (LOR) in Berlin² entwickelt. Dieser Prozess wurde und wird weiterhin durch die AG Datenpool begleitet, in der alle Senatsressorts und Vertreterinnen und Vertreter der relevanten Fachämter der Bezirke mitarbeiten.

Im Datenpool werden Daten der Kommunalstatistik und relevante Fachdaten sowie daraus abgeleitete Indikatoren auf Ebene der LOR (kleinste Ebene: Planungsräume) zur einheitlichen Anwendung durch die Verwaltungsstellen des Landes Berlin zur Verfügung gestellt.

Aus diesen Daten und Indikatoren des Datenpools werden „Kernindikatoren“ identifiziert und abgestimmt, die eine einheitliche Grundlage für die bezirklichen, fachübergreifenden Analysen der Stadtteile auf der LOR-Ebene „Bezirksregion“ bilden (Bezirksregionenprofile) und die eine gesamtstädtische Beobachtung der Lebenslagen (Status und Entwicklung) in den Planungsräumen ermöglichen. Dabei ist eine stufenweise Umsetzung vorgesehen (Datenverfügbarkeit, Zielvereinbarung zur Datenbereitstellung und -nutzung, Testlauf Kernindikatoren etc.), die über den Projektzeitraum hinausreichen wird. Parallel hierzu läuft die Erstellung und Abstimmung von IT-Grundsätzen zur Anwendung der Daten aus dem Datenpool.

² Die LOR sind im „Bericht zur Vereinheitlichung von Planungsräumen für Fachplanungen in Berlin“ dokumentiert. Dieser wurde am 01. August 2006 vom Senat beschlossen und vom Rat der Bürgermeister am 17. August 2006 zur Kenntnis genommen.

6 Abstimmung Handbuch zur Sozialraumorientierung (SRO)

Nachdem in der ersten Phase unter Beteiligung der Pilotbezirke - zusammen mit dem Büro Jahn, Mack und Partner - Grundlagen zur SRO erarbeitet wurden (siehe Bericht vom März 2008, Anlage II) und ein erster Entwurf des Handbuchs SRO erstellt worden ist, konnte in Projekt-Phase II unter Moderation von Ferrari-Beratung (Unternehmensberatung) das Handbuch Sozialraumorientierung im Rahmen mehrerer Workshops vertieft und im Januar 2009 fachlich abgeschlossen werden.

Das Handbuch „Sozialraumorientierung“ besteht aus den im Mai 2008 vom Senat bereits beschlossenen Grundsätzen einer integrierten Stadt(teil)entwicklung, dem Leitfaden zur Sozialraumorientierung und mehreren Anlagen im Sinne fachlicher „Handreichungen“ und Muster.

Der Leitfaden SRO umfasst die Kapitel:

- Anlass und Ziel
- Definition Sozialraumorientierung
- Wichtigster Grundsatz: neue Kooperationsformen
- Strukturelemente der Sozialraumorientierung
- Umsetzungsmodule für die Weiterarbeit auf Senats- und Bezirksebene
- Qualifizierung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Evaluation der Ergebnisse des Konzeptes Sozialraumorientierung

Die Anlagen des Leitfadens in Form von „Handreichungen“ für die praktische Arbeit:

- Bezirksregionenprofile als Instrument für ämterübergreifendes Planen und Handeln
- Kernindikatoren für die Bezirksregionenprofile
- Informationstechnische Grundlagen und Rahmenbedingungen für ämterübergreifendes Planen und Handeln
- Organisationseinheit „Sozialraumorientierte Planungskoordination“ – Vorschlag für eine Aufgaben- und Strukturbeschreibung
- Grundlagen und Muster für Netzwerk- und Kooperationsvereinbarungen
- sowie die Programmatische Erklärung von Senat und RdB

Das Handbuch wurde im IV. Quartal 2008 ressort- und ebenenübergreifend erarbeitet und intensiv fachlich abgestimmt.

Dies geschah u. a. durch zwei im Oktober 2008 unter Beteiligung der relevanten Senatsressorts und aller Bezirke durchgeführte, größere Workshops, unter Moderation von Frau Ferrari (Unternehmensberatung) und durch einen kleineren Workshop zur Definition SRO, unter Moderation von Prof. Dr. Hinte/Dr. Gaby Grimm (Universität Duisburg-Essen). Der Vorschlag für die Kernindikatoren zur Erstellung von Bezirksregionenprofilen wurde ebenfalls im Rahmen von zwei Workshops im IV. Quartal 2008, unter Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern relevanter Fachressorts der Bezirks- und Senatsebene erarbeitet.

Die Vertiefung und Abstimmung des Vorschlags zu den Aufgaben und der Struktur der zukünftigen bezirklichen Organisationseinheit „Sozialraumorientierte Planungscoordination“ erfolgte in einem weiteren Fachgespräch, an dem Vertreterinnen und Vertreter aller Bezirke teilnahmen.

Die Erstellung des Entwurfs einer Rahmenzielvereinbarung, der Grundlagen und Muster für Netzwerk- und Kooperationsvereinbarungen erfolgte unter rechtlicher Beratung im IV. Quartal 2008 durch den Rechtsanwalt Dr. Eckart Scharmer.

7 Öffentlichkeitsarbeit

In 2009 ist – nach Projektende – vorgesehen, „das gesammelte Wissen“ als Internetplattform (u. a. Verlinkung zu best-practice) unter www.berlin.de zur Verfügung zu stellen.

Neben den großen Workshops im Oktober 2008 und verschiedenen Präsentationen des Projektstandes in der Öffentlichkeit (z. B. vor Quartiersmanagerinnen und -managern, vor Vertreterinnen und Vertretern der Stadtteilzentren) fand am 11. November 2008 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung unter der Moderation von Alfred Eichhorn (INFOradio des rbb) unter Mitwirkung der Europaabgeordneten Gisela Kallenbach, von Bundesminister Wolfgang Tiefensee und von Staatssekretärin Hella Dunger-Löper ein internationaler Kongress „Quartier als sozialer Raum“ mit mehr als 200 Konferenz-Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Eine Dokumentation dieser Veranstaltung ist in Bearbeitung. Neben der Präsentation von weiteren Projekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik war der öffentliche Diskurs über Funktion und Ziele des Handbuchs, sowie dessen Inhalte Schwerpunkt dieser Veranstaltung. Es herrschte unter den meisten der Kongress-Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einvernehmen darüber, dass ein Handbuch zur Sozialraumorientierung für die Vor-Ort Arbeit nützlich ist, wenn eine klare Sprache gewählt wird, Transparenz hergestellt wird und praktische Anleitungen geliefert werden können.

8 Zuwendungsgeber / Finanzierung des Projektes

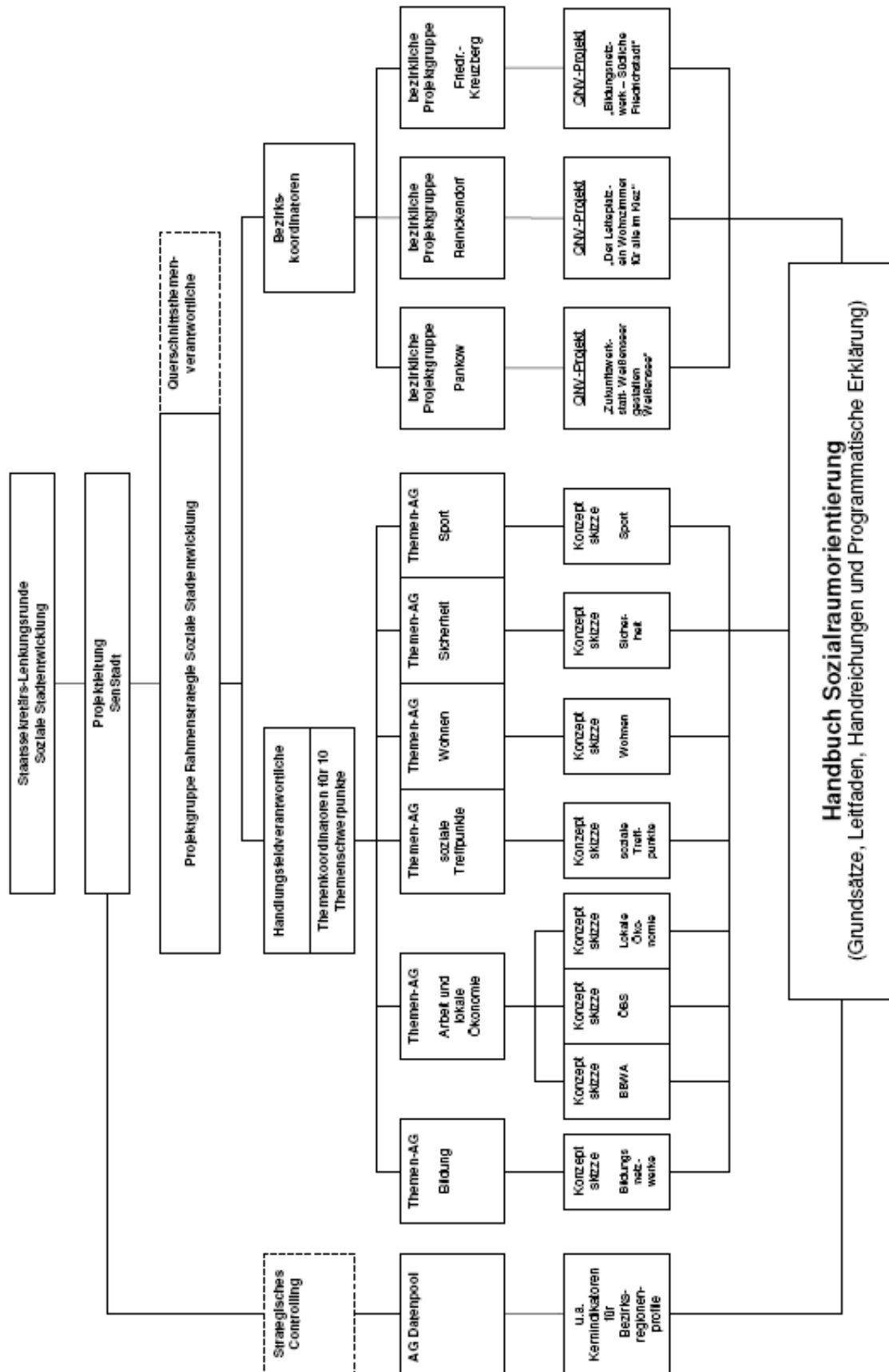
Mit Zuwendungsbescheid von Dezember 2007 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) / das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) die Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung in sein Nationales Stadtentwicklungsprogramm / Ex-WoSt aufgenommen und für die Haushaltsjahre 2008/2009 insgesamt 65.000 € für die Projektarbeit zur Verfügung gestellt.

Daneben wurde das Projekt mit etwa 300.000 € Finanzmittel der Berliner Verwaltungsreform (Programm ServiceStadt Berlin) ausgestattet. Komplettiert wird die Finanzierung durch Mittel der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) in Höhe von 150.000 € für das Pro-

gramm „Quartier nach vorn“ in 2008 (überwiegend den Pilotbezirken bereitgestellt durch Sen-Stadt, zur auftragsweisen Bewirtschaftung).

Für die koordinierende Umsetzung der Rahmenstrategie sind weitere Mittel aus der Berliner Verwaltungsreform für das Haushaltsjahr 2009 beantragt worden.

Anhang A1 Projektstruktur in der Projektphase II



Anhang A 2 Projektbeteiligte

Mitglieder der Projektgruppe Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung

Ressort / Bezirk	Mitglied Vertretung	Stellenzeichen	
Projektleitung	Herr Nagel	SenStadt I AbtL	
	(V) Herr Tonndorf	SenStadt I A	
SenBildWiss	Herr Arnz	I C	
	(V) Herr Lütke	III A 51	
SenFin	Herr Pörschke	II F 13	
	(V) Herr Klonowski	II F 12	
SenGesUmV	Prof. Dr. Meinlschmidt	I A	
	(V) Frau Dr. Hermann	I A 1	
SenInnSport	Herr Bösch-Soleil	IV AbtL	
	(V) Herr Dr. Buschendorf	III B	
SenIntArbSoz	Frau Liehmann	StS Arb Ref	ab 08/2007
	(V) Frau Dr. Fitzner	II A 32	
	Herr Dr. Bossmann	LdB	bis 07/2007
SenJust (nachrichtlich)	Herr Kliem	II AbtL	
	(V) Frau Grigoleit	II A 3	ab 04/2008
	Herr Calsow	II A 2	bis 03/2008
Senatskanzlei Abt. Kultur (nachrichtlich)	Herr Heller	AbtL V	
	Frau Heinrich	V A	
SenStadt	Herr Schulgen	IV AbtL	
	Herr Dr. Hucke	IV C 2	
	(V) Herr Mühlberg	IV B	

SenWiTechFrau	Hr. Bialkowski	ID 31	
	(V) Herr Bockelmann	II A 3	
BA Friedrichshain-Kreuzberg	Herr Heuer	StD Plan	
	(V) Frau Fißler	Jug Plan 2	
BA Pankow	Herr Thomas	StD 1	
	(V) Herr Lange	StD Org 1	ab 01/2008
	(V) Frau Berthold	JugPI 1	bis12/2007
BA Reinickendorf	Herr Zoschke	GesPlan 2	ab 01/2008
	(V) Herr Pieczkowski	JugFam FT Plan 1.1	
	Frau Müllenberg	GesPlan 2	bis12/2007
Geschäftsstelle StS-LR SozStadt	Herr Grapengießer	SenStadt, StS BW Pro	

Querschnittsthemenverantwortliche

Ressort / Bezirk	Mitglied Vertretung	Stellenzeichen
Demografischer Wandel	Herr Tonndorf	SenStadt, I A
	(V) Frau Plate	SenStadt, I A 2
Geschlechtergerechtigkeit	Frau Dr. Weinmann	SenWiTechFrau, GM L
	(V) Herr Dr. Daroui	SenWiTechFrau, GM 1
Gesundheit	Frau Mann	SenGesUmV, I J
	(V) Herr Rech	SenGesUmV, I B 1
Integration	Herr Germershausen	SenIntArbSoz, IntMig B
	(V) Frau Nahawandi	SenIntArbSoz, IntMig B1
Partizipation	Frau Dr. Beer	Stadtforschung+Sozialplanung
	(V) Fr. Dr. Stock	

Themenkoordinatorinnen / Themenkoordinatoren

		Themenschwerpunkt	Themenkoordinatorin Themenkoordinator	Stellenzeichen
Handlungsfeld Bildung, Erziehung, Betreuung	TS 1	Einrichtung von „regionalen“ qualifizierten Bildungsnetzwerken "rund um die Schule"	Herr Arnz (V) Herr Lütke	SenBildWiss I C SenBildWiss III A 51 SenBildWiss I C 8
	TS 2	"Bildungschancen für alle": Erhöhung der Schulabschlussquote und Verringerung von Gewalt an Schulen	(V) Herr Kerler	
	TS 3	Einrichtung von Familienzentren und Stärkung der Elternarbeit		
Handlungsfeld Arbeit, Lokale Ökonomie, Integration	TS 4	Weiterentwicklung der Bezirkslichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit als bezirkliche Koordinierungsgremien	Frau Dr. Fitzner	SenIntArbSoz II A 32
	TS 5	Nutzung einer gezielten Beschäftigungsförderung als Instrument des Stadtteilmanagements	Herr Stasch	SenIntArbSoz II C 2
	TS 6	Stärkung und Einbeziehung der Lokalen Ökonomie in die Entwicklungsprozesse der Stadtteile	Herr Weißert (V) Herr Bockelmann	SenWiTechFrau II A SenWiTechFrau II A 3
Handlungsfeld Wohnen, Soziale Nachbarschaften, Sport, Sicherheit	TS 7	Schaffung und Stärkung der Rolle sozialer Treffpunkte in den Stadtteilen	Frau Dr. Fuhrmann	SenIntArbSoz I D 31
	TS 8	Aktivere Einbindung der Wohnungswirtschaft in die Entwicklungsprozesse von Stadtteilen	Herr Dr. Hucke (V) Herr Förste	SenStadt IV C 2 SenStadt IV C 2-1
	TS 9	Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit und des zivilgesellschaftlichen Engagements	Herr Schiefer ab 10/2008 Herr Gillert bis 09/2008	SenInnSport III B 2 Sch
	TS 10	Stärkere Nutzung der integrativen Rolle des Sports mit seinen Ressourcen und Chancen	Herr Dr. Dierker (V) Herr Holm	SenInnSport IV AbtL SenInnSport IV C 2

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Projektleitung

SenStadt , I A 1	Herr Nelius	
SenStadt , I A 11	Frau Nagel	
SenStadt , I A 14	Frau Stutenbecker	
SenStadt , I IT	Herr Bangert	

Externe Dienstleister

Ferrari Beratung	Frau Ferrari Frau Rühl	
Jahn, Mack & Partner	Frau Jahn Frau Mack Frau Fehlert Frau Häusel	
Stiftung SPI, Geschäftsbereich Stadtentwicklungsplanung	Herr Klikar Herr Berger	
Stadtforschung+ Sozialplanung URBANPLAN	Frau Dr. Beer Frau Cremer	